

## Niederschrift



Gremium: **32. Sitzung des Schul- und Kulturausschusses**  
Sitzungsdatum: **Mittwoch, den 25.01.2012**  
Sitzungsort: **Landratsamt Augsburg, Kleiner Sitzungssaal 221, 2. Stock**  
Beginn: 14:38 Uhr Ende: 17:53 Uhr

---

Landrat Sailer eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

### **Vorsitzende / Vorsitzender:**

Martin Sailer

### **Mitglieder:**

Manfred Buhl  
Renate Durner  
Annemarie Finkel bis 17:25 Uhr  
Sabine Grünwald  
Sabine Höchtl-Scheel  
Peter Högg  
Fritz Hölzl  
Gabriele Huber  
Karl Heinz Jahn bis 16:50 Uhr  
Paul Reisbacher  
Dr. Max Stumböck  
Carolina Trautner  
Bernhard Walter bis 17:21 Uhr  
Frank Weiher bis 17:25 Uhr

### **Verwaltung:**

Armin Falkenhein  
Stefanie Mögele zu TOP 7  
Jürgen Pabel  
Michael Püschel  
Martin Seitz

### **Weitere Anwesende:**

Joachim de Hesselle, Schulleiter Realschule Königsbrunn (zu TOP 1)  
Günter Manhardt, Gymnasium Diedorf (zu TOP 2)  
Erich Pilz, Elternbeiratsvorsitzender Realschule Königsbrunn (zu TOP 1)  
Herbert Richter, Volkshochschule Augsburg Land e. V. (zu TOP 6)  
Christa Steinhart, Volkshochschule Augsburg Land e. V. (zu TOP 6)

### **Schritfführerin:**

Ulla Berger

## Tagesordnung:

### Öffentliche Sitzung

1. Via-Claudia-Realschule Königsbrunn;  
Aufstellung von Schulraumcontainern  
Vorlage: 11/0366
2. Gymnasium i. Gr. Diedorf;  
Raumprogramm und neues Konzept LernLandschaft  
Vorlage: 11/0367
3. Sporthalle bei der Realschule Bobingen;  
Dachsanierung  
Vorlage: 12/0013
4. Schülerbeförderung;  
Kosten freigestellter Schülerverkehr 2010/11  
Vorlage: 11/0370
5. Kreishaushalt 2012 - 1. Lesung;  
Behandlung des Verwaltungsentwurfs (Stand: 23.12.2011)  
Vorlage: 11/0361
6. Bildungsportal Bayern  
Vorlage: 11/0368
7. Deutscher Lernatlas und aktuelle Aktivitäten  
des Bildungslandkreises Augsburg  
Vorlage: 12/0012
8. Verschiedenes
9. Wünsche und Anfragen

### Nichtöffentliche Sitzung

10. Vorbildliches Bauen;  
Wettbewerbsergebnis  
Vorlage: 11/0369
11. Verschiedenes
12. Wünsche und Anfragen

Vor Eintritt in die Beratungen informiert **Kreisrat Hölzl** darüber, dass Kreisrätin Trautner für die restliche Legislaturperiode die Sprecherfunktion der CSU-Fraktion übernimmt. Stellvertreter von Kreisrätin Trautner ist Kreisrat Högg.

## Öffentliche Sitzung

<b>TOP 1</b>	<b>Via-Claudia-Realschule Königsbrunn; Aufstellung von Schulraumcontainern Vorlage: 11/0366</b>
--------------	---

### Anlagen:

- 1 Schreiben Via-Claudia-Realschule Königsbrunn vom 10.6.2011
- 1 Schreiben Stadt Königsbrunn 15.7.2011

### Sachverhalt:

In der Sitzung des Schul- und Kulturausschusses vom 9.3.2010 (Vorlage 10/0037) wurde die räumliche Situation der Realschule Königsbrunn auf der Grundlage eines Schreibens der Schulleitung vom 24.2.2010 dargelegt. Im Ergebnis der Beratungen wurde festgehalten, dass anhand der genauen Schülerzahlen der Einschreibungen über das weitere Vorgehen entschieden werden soll. Dabei wurde auch eine temporäre Containerlösung nicht ausgeschlossen.

Mit Schreiben vom 10.6.2011 wandte sich die Schulleitung der Via-Claudia-Realschule, Königsbrunn erneut an den Landrat und legte die nunmehr seit zwei Jahren aus ihrer Sicht äußerst unbefriedigende schulräumliche Situation ausführlich dar (Anlage 1). Demnach hat die Realschule zum Schuljahr 2011/12 bereits fünf Wanderklassen, da auf andere Art und Weise die Schüler nicht untergebracht werden können. Dabei ist zu berücksichtigen, dass bereits alle Raumreserven soweit vertretbar ausgeschöpft wurden. Mit einer Gesamtschülerzahl von inzwischen 748 Schülerinnen und Schülern hat die Realschule einen langjährigen Schüler Höchststand erreicht.

Eine Anfrage bei der Stadt Königsbrunn, inwieweit in der Nachbarschaft freier Schulraum angemietet werden kann, beantwortete diese mit Schreiben vom 15.7.2011. Demnach können an verschiedenen Schulen jeweils nur eine, max. zwei Klassen angeboten werden. Angesichts dieser für die Realschule nicht akzeptablen Lösungsmöglichkeit, auf fünf verschiedenen Schulen Klassen zu verteilen, wurden vom Hochbau des Landkreises Angebote für die Aufstellung von vier Schulraumcontainern eingeholt. Gleichzeitig wurde für die Haushaltsanmeldung 2012 sowohl für den Bereich des Hochbaus als auch für den Bereich der Schulverwaltung entsprechende Mittel für die Aufstellung und Anmietung von Schulraumcontainern und deren Ausstattung angemeldet.

Von den inzwischen eingeholten Angeboten ist das Angebot der Firma Algeco mit einem Mietpreis von brutto 6.509,30 € pro Monat für 4 Schulraumcontainer das günstigste. Die Schulraumcontainer für vier Klassen könnten innerhalb von einem Vorlauf von ca. 6-8 Wochen aufgestellt und innerhalb von weiteren 2-3 Wochen bezogen werden.

<b>Finanzielle Auswirkungen:</b>		Veranschlagung im laufenden Haushaltsjahr:	
<input checked="" type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein		<input checked="" type="checkbox"/> im Verw.HH:	<input checked="" type="checkbox"/> im Verm.HH:
		HhSt.      2202.5390	HhSt.      2202.9350
		45.000 €	20.000 €
Gesamtkosten der Maßnahme/n (Beschaffungs-/ Herstellungskosten):	Jährliche Folgekosten/ Folgelasten:	Gesamtfinanzierung	Gesamtfinanzierung
€	€	Eigenanteil:	Einnahmen (Zuschüsse, Beiträge etc.):
		€	€

**Bemerkungen:**

Aufstellungskosten ca. 50.000 € von Abt. 6 angemeldet

Der Sachverhalt wird von **Herrn Falkenhein** dargestellt.

**Herr de Hesselle** informiert darüber, dass neben den Wanderklassen noch fünf Klassenzimmer vorhanden sind, die nicht die Norm erfüllen. Es könnten dort nur bis zu 25 Schüler untergebracht werden, so dass die Klassen nicht so weit aufgefüllt werden könnten, wie es von der Nachfrage her eigentlich nötig wäre. Dadurch müssten teilweise Schüler aus Königsbrunn abgewiesen werden, die vom Gymnasium auf die Realschule wechseln möchten. Es bestünde zwar Anspruch auf einen Realschulplatz auch während des Jahres, aber nicht an einer bestimmten Schule. Es könne nicht sein, dass der Landkreis Geld für die Beförderung von Schülern von Königsbrunn nach Bobingen ausbebe. Die Realschule Bobingen habe zwar jetzt einen Anbau bekommen, sei aber in manchen Klassen und Wahlpflichtfächergruppen ebenfalls voll. Die gegenseitige Zuweisung von Schülern funktioniere somit nicht immer.

Hinzu komme, dass vorhandenes Lehrpersonal oft nicht richtig eingesetzt werden könne, weil die Räumlichkeiten fehlen. Unter dieser räumlichen Situation leide somit auch die Unterrichtsqualität.

Der Vorsitzende des Elternbeirats, **Herr Pilz**, schildert dem Ausschuss die Situation der Wanderklassen. Die Schüler in solchen Klassen bräuchten länger, um zur Ruhe zu finden. Der Lehrer, der die Klasse unterrichte, habe weniger Nettozeit für seinen Unterricht zur Verfügung. Für die Schüler in diesen Klassen bestünde ein riesiger Nachteil. Der Elternbeirat erhalte hierzu viele Anrufe von den Eltern, weshalb es das Hauptthema für den Elternbeirat sei, diese Situation bald in den Griff zu bekommen.

**Landrat Sailer** erklärt, das zusammengestellte Zahlenmaterial mit den Prognosen für die nächsten Schuljahre sei eine gute Entscheidungsgrundlage. Demnach könne dem Anliegen aus seiner Sicht Rechnung getragen werden, entsprechende Platzkapazitäten in Form von vier Klassenräumen zu schaffen.

**Kreisrätin Trautner** stellt fest, dass unbestritten schon seit zwei Jahren eine sehr unbefriedigende Situation für die Realschule vorliege. Die Wanderklassen seien dauerhaft nicht mehr zumutbar. Die Anfrage an die Stadt Königsbrunn, ob es andere Schulräume gebe, werde als sehr positiv bewertet. Eine Aufteilung auf viele verschiedene Standorte wäre von der Schule aber nicht zu leisten. Insofern werde die CSU-Fraktion dem Beschlussvorschlag folgen, die vier Container aufzustellen. Die Frage in diesem Zusammenhang sei, was „temporär“ bedeute. Betrachte man die Tischvorlage, dann werde sich dies über einige Jahre hinziehen. Auch

zukünftig sollte zwischendurch geprüft werden, ob anderweitig Schulräume zur Verfügung stünden.

**Kreisrätin Grünwald** meint, dem sei nicht mehr viel hinzuzufügen. Besonders beachtenswert finde auch sie, dass immer wieder bei der Stadt Königsbrunn nachgefragt werde. Eventuell könne durch die Zusammenlegung von Schulen innerhalb Königsbrunns doch noch etwas erreicht werden. Es sei schließlich auch im Sinne der Grundschulen, dass Königsbrunner Schüler in den weiterführenden Schulen ebenfalls ausreichend und qualitativ hochwertig beschult werden können. Die SPD-Fraktion werde dem Beschlussvorschlag zustimmen, da eine andere Lösung wohl momentan nicht machbar sei.

Auch **Kreisrat Weiher** befürwortet die Aufstellung der Container. Es bestehe die Prognose, dass mindestens bis zum Schuljahr 2014/15 Container benötigt werden. Kreisrat Weiher möchte wissen, ob unter Umständen eine Erweiterung bzw. ein Anbau angedacht sei, falls bis dahin in anderen Schulen keine Räume frei werden. Die Frage sei, wie man die Schülerzahlen überhaupt in den Griff bekomme. Eventuell würden die Schülerzahlen aufgrund der Geburtenrate ohnehin sinken. Allerdings wurden die Bedingungen für die Übertrittsmodalitäten aufgeweicht, weshalb zu überlegen wäre, diese wieder etwas zu verschärfen. Dadurch könnten die Qualitäten so gelenkt werden, wie es eigentlich sein sollte.

**Landrat Sailer** meint, mit der Aufstellung der Container bleibe man jetzt flexibel und könne das momentane Hauptproblem der Schule lösen. Selbstverständlich werde man regelmäßig andere Möglichkeiten abfragen. Sollte sich herausstellen, dass daraus ein Dauerzustand werde, dann müsse man das Problem räumlich anders klären.

**Kreisrat Reisbacher** führt an, der Vortrag von Herrn de Hesselle und Herrn Pilz habe deutlich gemacht, dass man die Klassen theoretisch auf dem Papier zwar irgendwohin verschieben könne. Eine pädagogische Arbeit sei damit aber nicht mehr möglich. Im Sinne einer pädagogischen Arbeit bleibe dem Landkreis daher gar nichts anderes übrig, als vernünftige Container zur Behebung dieser Raumnot anzuschaffen.

**Kreisrat Buhl** erinnert daran, dass er bereits vor zwei Jahren darum gebeten habe, dass Herr de Hesselle in den Ausschuss komme. Damals sei nicht unbedingt die Errichtung von Bildungsinseln im Fokus gestanden, sondern die Tatsache, dass bei der Stadt Königsbrunn die eine oder andere Klage in Bezug auf soziale Sprengstoffe eingegangen sei, was unter Umständen mit Wanderklassen zusammenhängen könne. Herr de Hesselle habe dies damals erklären können und gedacht, er könne die Situation ohne Container lösen. Hierfür müsse man eigentlich dankbar sein, weil der Landkreis dieses Geld bisher gespart habe. Man müsse auch konstatieren, dass die Übertrittsquoten besser geworden seien und dass es dadurch Druck an dieser Stelle gebe. Es werde immer wieder über neue Schulstrukturen nachgedacht. Niemand wisse, was noch auf den Landkreis zukomme. Unter anderem gebe es Überlegungen, die Mittelschulen in irgendeiner Form mit den Realschulen zu kombinieren. Dann müsste man die Räumlichkeiten und Liegenschaften wieder völlig neu bewerten. Kreisrat Buhl erklärt, auch seine Fraktion werde den Bildungsinseln zustimmen, um die un-gute Situation der Wanderklassen nun zu beenden.

**Kreisrat Walter** stellt fest, dass die Zunahme der Schüler im laufenden Schuljahr anscheinend am Kippen sei. Er interessiert sich deshalb dafür, worauf die vorliegende Prognose aufbaut.

Laut **Herrn de Hesselle** ist darin auch der Wechsel vom Gymnasium verarbeitet. Dies sei eine relativ konstante Zahl zwischen 30 und 40 Schülern. Nicht dabei seien in den Prognosen die eigenen Wiederholer, wodurch die Schülerzahlen ebenfalls erhöht würden. Die Abnahme bewege sich bei 10 bis 15 Schülern, wodurch die Klassenfrequenz jedoch nicht niedriger werde. Es gebe eine ganze Reihe von Klassen mit über 30 Schülern, die unbedingt

zurückgefahren werden müssten, weil es damit ständig Ärger gebe. Die Schülerzahlen würden so schnell also nicht zurückgehen. Die Prognosen seien nicht über das Jahr 2014 hinaus erfolgt, weil niemand wisse, wie sich die Schullandschaft entwickeln werde.

**Kreisrat Walter** möchte ferner wissen, ob die Geburtenzahlen der Kommunen im Einzugsbereich der Realschule Königsbrunn eine Rolle spielen und welche Übertrittsquote an die Realschule in diesem Einzugsgebiet vorhanden ist.

Die Übertrittsquote für die Realschulen liegt nach Aussage von **Herrn de Hesselle** bei etwa 37 bis 38 %. Für den Einzugsbereich der Realschule Königsbrunn gebe es keine Erhebungen.

**Kreisrat Buhl** erinnert an das Schulgutachten. Der Ministerialbeauftragte für die Realschulen, Herr Feller, habe erklärt, dass die Spitze 2020 erreicht sei und es dann erst leicht nach unten gehe. Somit werde man die Bildungsinseln vermutlich länger haben.

**Kreisrat Walter** entgegnet, dass seit dem Jahr 2000 die Geburtenrate zurückgehe. Das Gutachten sei mittlerweile einige Jahre alt, weshalb man diese Aussage in Frage stellen müsse. Interessant wären die Zahlen zum heutigen Stand. Ansonsten sei man darauf angewiesen, einfach die Entwicklung abzuwarten.

**Landrat Sailer** weist darauf hin, dass die Übertrittsquoten steigen und die Klassen kleiner werden sollen. Bei der Realschule Königsbrunn würden die Fachräume bereits anderweitig genutzt. Mit den vier Klassenräumen, die der Landkreis jetzt zusätzlich schaffe, decke man nicht den gesamten Raumbedarf ab. Jedoch solle damit wieder ein ordentlicher Schulbetrieb in den Klassenzimmern ermöglicht werden. Der heutige Vorschlag sei daher vernünftig und lasse dem Landkreis auch in der weiteren Betrachtung alle Möglichkeiten offen. In drei oder vier Jahren werde man sich wieder dazu austauschen und sehen, wie es vor Ort aussehe und wie sich die Zahlen tatsächlich entwickelt hätten.

### Beschluss:

Mit Inkrafttreten des Haushaltes 2012 sollen der Via-Claudia-Realschule für vier Klassen Schulraumcontainer bereitgestellt werden. Die Verwaltung wird beauftragt, alles hierfür Erforderliche zu veranlassen.

### Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	15
Nein-Stimmen:	0

**TOP 2    Gymnasium i. Gr. Diedorf;  
Raumprogramm und neues Konzept LernLandschaft  
Vorlage: 11/0367**

Anlagen:

- 1 Schreiben Regierung von Schwaben vom 29.11.11 mit Bauprogramm
- 1 Raumkonzept der Schulfamilie vom 05.12.2011
- 1 Übersicht genehmigtes Bauprogramm geplantes Raumprogramm, 12.12.11

Sachverhalt:

In seiner Sitzung vom 28.06.2011 hat der Schul- und Kulturausschuss das zur Beratung vorgelegte Raumprogramm in der Fassung vom 25.05.2011 beschlossen und die Verwaltung damit beauftragt, bei der Regierung von Schwaben eine schulaufsichtliche Genehmigung für ein vierzügiges Gymnasium zu beantragen.

Mit Schreiben vom 29.11.2011 hat die Regierung von Schwaben das vom Landkreis Augsburg beantragte Raumprogramm mit geringfügigen Abweichungen bewilligt (Anlage 1).

Eine Übersicht der Abweichungen zwischen beantragtem und genehmigtem Raumprogramm wird im Folgenden dargestellt:

<b>Raumbezeichnung</b>	<b>Beantragte Flächen</b>	<b>Genehmigte Flächen</b>
<b>Hauptnutzfläche</b>	6.388 m <sup>2</sup>	6.048 m <sup>2</sup>
<b>Hallensportflächen</b>	1.520 m <sup>2</sup>	1.728 m <sup>2</sup>
<b>Freisportflächen</b>	8.785 m <sup>2</sup>	8.929 m <sup>2</sup>
<b>Summe</b>	<b>16.693 m<sup>2</sup></b>	<b>16.705 m<sup>2</sup></b>

Insgesamt differieren die beiden Raumprogramme summarisch um 12 m<sup>2</sup>. Ein Teil der nicht genehmigten Hauptnutzfläche (Klassenräume, Fachräume, Verwaltung etc.) sind Flächen für Abstellräume (183 m<sup>2</sup>), die die Schulbauverordnung zwar vorsieht, aber als Nebennutzfläche nicht als förderfähig im Sinne des FAG gelten und damit bei den genehmigten Flächen nicht berücksichtigt werden. Im Bereich „Lehrerräume und Bibliothek“ besteht mit 102 m<sup>2</sup> Minderförderung die größte Diskrepanz zwischen beantragten und genehmigten Flächen.

Bei den Sportflächen ging die Regierung von Schwaben über die beantragten Flächen des Landkreises Augsburg hinaus.

Das Gymnasium Diedorf soll nach dem Willen der Schulfamilie, die sich aus Schulleitung, Lehrerschaft, Schülern und Elternvertretern zusammensetzt, neue Wege in der Unterrichtsgestaltung beschreiten. Bei der Planung wird die Schule durch das vom Landkreis Augsburg damit beauftragte Büro „LernLandSchaft“, Röckingen, von Frau Doberer unterstützt. Als erstes Ergebnis dieser Beratungen und Planungen entstand das als Anlage 2 beigefügte Raumbuch.

Neben dem Raumkonzept hat die Schulleitung in Zusammenarbeit mit dem Planungsbüro die sich durch die innovativen Lern- und Lehrkonzept ergebenden Raumflächenverschiebungen zahlenmäßig dargestellt (Anlage 3). Als Kurzübersicht ergibt sich folgendes Bild:

Raumbezeichnung	Beantragte Flächen	Genehmigungsfähige Flächen
<b>Hauptnutzfläche</b>	6.009 – 6.302 m <sup>2</sup>	6.048 m <sup>2</sup>
<b>Hallensportflächen</b>	1.728 m <sup>2</sup>	1.728 m <sup>2</sup>
<b>Freisportflächen</b>	8.929 m <sup>2</sup>	8.929 m <sup>2</sup>
<b>Summe</b>	<b>16.666 – 16.959 m<sup>2</sup></b>	<b>16.705 m<sup>2</sup></b>

Die markantesten Unterschiede zwischen den Überlegungen der Schule und den bisher genehmigten Flächen sind insbesondere:

**Musik/ Mehrzweckraum/ Bühnenbereich:**

179m<sup>2</sup> genehmigungsfähig - 353m<sup>2</sup> nunmehr von der Schule geplant;

Begründung: Zusätzlich zum genehmigungsfähigen Raumprogramm ist im Raumbuch ein multifunktionaler Mehrzweckraum mit 180 m<sup>2</sup> vorgesehen (siehe 3.6.2 im Raumbuch).

**Räume für IT-Unterricht:**

222m<sup>2</sup> genehmigungsfähig – 0 m<sup>2</sup> nunmehr von der Schule geplant;

Begründung: Räume für IT-Unterricht sollen durch entsprechend viele Computerarbeitsplätze in die Lernlandschaften, die Bibliothek und die Fachbereiche integriert werden.

**Räume für Lehrer und Bibliothek:**

400m<sup>2</sup> genehmigungsfähig – 562 m<sup>2</sup> nunmehr von der Schule geplant;

insbesondere die große Mediathek/Bibliothek führt zu den unterschiedlichen Flächenangaben (siehe 3.8 im Raumkonzept der Schulfamilie).

Mit dem Konzept „Lernlandschaften Gymnasium Diedorf“ kann im Landkreis Augsburg ein neuer Weg im Rahmen der Unterrichtsvermittlung beschritten werden, mit dem Ziel einer möglichst optimalen Raumnutzung innerhalb des Schulgebäudes. Reine Erschließungsflächen (Flure, Treppenhäuser) sollen - soweit möglich - zugunsten der eigentlichen Nutzflächen (Klassen-, Gruppen-, Fach- und Lehrerräume) verkleinert werden. Neue Unterrichtsformen und -kulturen bedingen insoweit flexibel nutzbare und multifunktionale Räume.

Da der Schwerpunkt des Raum- und Baubuches auf den flexiblen Hauptnutzflächen liegt, sollten sich Einsparungen bei den Nebennutzflächen ergeben. Damit sollten sich die Baukosten für dieses Konzept im Vergleich zu einem klassischen Konzept weitgehend gleich darstellen, auch wenn nicht alle geplanten Hauptnutzflächen förderfähig sind, da sich durch geringere (ohnehin nicht förderfähige) Nebennutzflächen Einsparungen ergeben sollten.

Nach telefonischer Auskunft der Regierung von Schwaben hat sich die konkrete planerische Umsetzung des schulaufsichtlich genehmigten abstrakten Raumprogrammes daran zu orientieren, dass sich jeder Einzelraum als solches im Raumprogramm wiederfindet und damit realisiert wird, zwischen den Räumen und innerhalb der Bereiche Verschiebungen jedoch möglich sind.

Weitergehende Raumbedürfnisse seien allerdings nicht genehmigungsfähig weil nicht förderfähig.

Bei einem gemeinsamen Termin mit dem Kulturminister hat Herr Landrat Sailer die Ideen des neuen Konzepts „Lernlandschaft“ vorgestellt und das von der Schulleitung erarbeitete Raumbuch übergeben. Das Vorhaben wurde wohlwollend zur Kenntnis genommen.



<b>Finanzielle Auswirkungen:</b>		Veranschlagung im laufenden Haushaltsjahr:	
<input checked="" type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein		<input type="checkbox"/> im Verw.HH: HhSt.	<input type="checkbox"/> im Verm.HH: HhSt.
		€	€
Gesamtkosten der Maßnahme/n (Beschaffungs-/ Herstellungskosten):	Jährliche Folgekosten/ Folgelasten:  <input type="checkbox"/> keine	Gesamtfinanzierung  Eigenanteil:	Gesamtfinanzierung  Einnahmen (Zuschüsse, Beiträge etc.):
€	€	€	€

Bemerkungen:

**Herr Falkenhein** erläutert den Sachverhalt.

Anschließend folgt die Präsentation von **Herrn Manhardt** zum Konzept LernLandschaft.

**Kreisrätin Trautner** dankt Herrn Manhardt und seinem Team für diese Ausarbeitung. Wenn sie in Oettingen nicht dabei gewesen wäre, dann hätte sie ein solches Konzept in das Reich der Utopie abgeschoben. Es sei gut, dass sich das gesamte Lehrerkollegium ebenfalls davon überzeugt habe, dass das Konzept funktioniere. Es sei sicherlich ein Stück weit revolutionär, diese neuen Wege zu gehen. Wenn Herr Manhardt sage, dass dies ohnehin im Lehrplan verankert sei, dann müsse man hieran nun auch arbeiten und dies umsetzen.

**Herr Manhardt** erklärt, dass die Kollegen bisher tatsächlich die bestehende Architektur daran hindere, dieses Konzept zum Alltag zu machen. In Diedorf habe man nun die Chance, dies zu tun.

**Kreisrätin Trautner** merkt an, man wolle natürlich nicht als Verhinderer der Lehrer dastehen. Die Schüler würden in der heutigen Zeit ganz anderen Anforderungen in Gesellschaft und Beruf entgegentreten, als dies früher der Fall gewesen sei. Insofern seien auch andere Kompetenzen gefragt, die mit dieser Methode viel einfacher gestaltet werden können.

Der Charme an dieser Lösung sei auch, dass Lehrer- und Elternschaft mit einbezogen werden. Man habe dieses Konzept gemeinsam erarbeitet und werde dann auch gemeinsam nach Lösungen suchen müssen, falls etwas einmal nicht so passe. Die Kür für bestimmte Wünsche sei heute nicht das Thema, sondern das Gesamtkonzept. Die CSU-Fraktion stehe dem aufgeschlossen gegenüber.

Der Grundbau sollte jedoch – nicht zuletzt im Hinblick auf den Brandschutz etc. – in einer klassischen Weise erfolgen. Zudem lege die CSU-Fraktion Wert darauf, dass man im Rahmen des Budgets bleibe, dass keine Kostenerhöhungen stattfinden und auch die Zuschüsse in gleicher Höhe fließen. Der Beschlussvorschlag solle deshalb um einen Punkt 4 erweitert werden, wonach die Zustimmung unter der Voraussetzung erfolge, dass bei der Umsetzung des Konzeptes die Förderfähigkeit in voller Höhe erhalten bleibe und dass im Vergleich zur klassischen Bauweise keine Mehrkosten entstehen.

**Landrat Sailer** regt an, den Beschlussvorschlag noch dahingehend zu präzisieren, dass der Kostenanteil des Landkreises sich nicht erhöhe und eine anderweitige Nutzung von Flächen nicht zu Lasten der Förderung gehe.

**Kreisrätin Grünwald** meint, dass in Oettingen wohl kaum jemand dabei gewesen sei, der nicht begeistert gewesen wäre. Man müsse dies aber tatsächlich erst sehen und erleben, um auch wirklich daran glauben zu können. Daher sei es sicherlich auch noch notwendig, große Überzeugungsarbeit zu leisten. Erfreulich sei, dass Einigkeit in der Schulfamilie bestehe. Es sei wichtig, etwas gemeinsam zu erarbeiten, das dann auch gemeinsam getragen werden müsse.

Das Konzept enthalte einige Punkte, die fast ein bisschen überflüssig seien, wie z. B. die Aussage, wonach die gute Raumakustik in Musiksälen besondere Beachtung finden solle. Ob die Idee mit den Rutschen in einer Schule so durchführbar sei, wolle sie jetzt nicht beurteilen, so Kreisrätin Grünwald.

Wenn man dies so mache, dann habe der Landkreis sicherlich ein Projekt vor sich, das besonders hohe Anforderungen an den Architekten stelle. Man müsse ein großes Augenmerk darauf richten, dass das Projekt dann auch so zu Durchführung kommen könne, wie man es sich vorstelle. Dabei stehe außerdem im Raum, dass es bestimmte pädagogische Zielsetzungen gebe und ökonomische wie auch ökologische Optimierungsmaßnahmen daran gemessen werden. Die Schule müsse ein nachhaltiges Gebäude werden. Der hohe Anspruch, den man an die Erziehung und Entwicklung der Kinder stelle, solle auch noch dadurch gefördert werden, dass das Gebäude nach modernster Technik gebaut werde.

Auch **Kreisrat Weiher** bezeichnet die von Herrn Manhardt vorgestellte Idee als sehr charmant. Die Prognose für das Gymnasium laute auf 4- bis 5-Zügigkeit. Sollte sich hieran in Richtung 6-Zügigkeit etwas ändern, dann wäre eine flexible Umsetzung bei diesem Konzept wohl schwierig. Ansonsten seien die vorgestellten Ideen unterstützenswert, weshalb der Beschlussvorschlag einschließlich des von der CSU-Fraktion vorgetragenen vierten Punktes mitgetragen werden könne.

**Kreisrat Reisbacher** befürwortet, dass die Lehrer ihre Ideen gleich mit einbringen und voll hinter dem Konzept stehen. Es sei gut, dass man in Oettingen gewesen sei. Papier sei geduldig. Wenn man aber vor Ort sehe, wie dies funktionieren könne, dann werde es auch in der Praxis funktionieren.

**Kreisrat Buhl** meint, man könne schon fast von einem Paradigmenwechsel sprechen. Das Konzept sei schon etwas völlig anderes als man es bisher gewöhnt war. Der Mut, den Herr Manhardt dabei an den Tag lege, sei sehr beachtlich, aber auch sehr nachvollziehbar. Beruhigend sei, dass man zu bisher bekannten Lösungen zurückgehen könnte, falls das Konzept doch nicht klappen sollte. Dies glaube er jedoch nicht, so Kreisrat Buhl. Es bleibe zu hoffen, dass der Bauausschuss, dem man dies heute empfehle, dieses Konzept dann auch so übernehme.

**Herr Manhardt** merkt an, dass weder die im Konzept erwähnte Rutsche noch die Kleintieranlage substanziell seien. Die Zustimmung der Schulfamilie sei überwältigend groß, aber nicht einstimmig gewesen. Es habe Eltern gegeben, die sich das Konzept überhaupt nicht vorstellen konnten. Auch bei einzelnen Lehrern gebe es Skepsis. Jeder Lehrer, der ins Gymnasium Diedorf kommen wolle, werde hiermit gleich konfrontiert.

Ein Ausbau auf die 6-Zügigkeit wäre in der Tat ein Problem. Herr Manhardt glaubt jedoch nicht, dass eine 6-Zügigkeit zu erwarten ist, während die 5-Zügigkeit schon realistischer wäre.

**Kreisrat Walter** erklärt, dass sich alle wohl dahingehend einig seien, dass dies eine interessante Geschichte sei. Damit sei der Landkreis auf der Höhe der Zeit. Niemand wisse, was die Entwicklung bringe. Man befinde sich in einer sehr bewegten Zeit, so dass sich das eine oder andere an Änderungen ergeben könnte. Daher wäre es sehr wichtig, die Räumlichkeiten baulich so zu konzipieren, dass Änderungen sowohl rückwärts als auch in eine noch nicht bekannte Zukunft gerichtet möglich wären.

**Landrat Sailer** stellt fest, dass dies in Punkt 3 des Beschlussvorschlags formuliert und somit noch präzisiert sei.

**Kreisrat Hölzl** merkt an, das neue System fordere heraus und habe etwas Faszinierendes an sich. In der Zukunft müsse die Bereitschaft zur Kreativität im Vordergrund stehen, und zwar von Seiten der Schüler wie auch der Lehrer. Für den Lehrer werde es dabei mit Sicherheit nicht einfacher. Wenn sich dieses System bewähre, dann sei dies eine Riesenchance für die Zukunft.

### Beschluss:

1. Der Schul- und Kulturausschuss nimmt das Raumkonzept der Schulfamilie des Gymnasiums in Diedorf vom 05.12.2011 für die Gestaltung des Neubaus des Gymnasiums Diedorf zustimmend zur Kenntnis.
2. Der Schul- und Kulturausschuss empfiehlt dem Bau- und Umweltausschuss, diese Planungen zusammen mit dem schulaufsichtlich genehmigten Bauprogramm der Regierung von Schwaben vom 29.11.2011 als Grundlage der weiteren Planungen zu verwenden.
3. Bei der weiteren Umsetzung ist darauf zu achten, dass einerseits flexible Zuschnitte des schulräumlichen Angebots neue Lernformen und -kulturen ermöglichen, andererseits jedoch bisher klassische Unterrichtsformen ohne erheblichen Umbau wieder möglich wären.
4. Die Zustimmung erfolgt unter der Voraussetzung, dass der Kostenrahmen eingehalten wird, sich der Finanzierungsanteil des Landkreises dadurch nicht erhöht und sämtliche Maßnahmen förderunschädlich sind.

### Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	15
Nein-Stimmen:	0

**TOP 3 Sporthalle bei der Realschule Bobingen;  
Dachsanierung  
Vorlage: 12/0013**

Anlagen: 1 Aktennotiz Stadt Bobingen 23.12.2011

### Sachverhalt:

Die im Eigentum der Stadt Bobingen befindliche Sporthalle bei der Realschule wurde seit 2009 energetisch saniert. Bei der Sanierung wurde seinerzeit jedoch ausdrücklich das Dach ausgenommen.

Die Sanierung ist mittlerweile weitgehend abgeschlossen. Ende Dezember 2011 informierte die Stadt Bobingen den Landkreis, dass es offenbar erforderlich ist, das Dach der Dreifachsporthalle sowie der zugehörigen Geräteräume im Jahr 2012 zu sanieren. Auf einen entsprechenden Aktenvermerk des Stadtbaumeisters (Anlage) wurde verwiesen. Die Kosten werden auf rund 750.000 € geschätzt. Die Stadt Bobingen fragt an, ob der Landkreis sich in auch an der Dachsanierung mit 75 % wie bei der energetische Generalsanierung der Halle

beteiligt. Die Höhe von 75% entspricht dem Nutzungsanteil der Realschule an der schulischen Nutzung der Halle.

Vorbehaltlich der Prüfung möglicher staatlicher Zuschüsse würden eine 75%-ige Beteiligung für den Landkreis rund 563.000 € ausmachen.

Aus Sicht der Verwaltung sollten vorsorglich im Haushalt 2012 Mittel für einen Investitionskostenzuschuss an der Dachsanierung vorgesehen werden. Grundlage für eine Beteiligung wäre der Abschluss einer entsprechenden Vereinbarung mit genauer Kostenteilung sowie gegebenenfalls weiteren Regelungen. Die Stadt Bobingen sicherte Ende Dezember zu, mit einem entsprechenden Vorschlag an den Landkreis heranzutreten.

<b>Finanzielle Auswirkungen:</b>			
<input checked="" type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein		Veranschlagung im laufenden Haushaltsjahr:	
		<input type="checkbox"/> im Verw.HH: HhSt.	<input type="checkbox"/> im Verm.HH: HhSt.
		€	€
Gesamtkosten der Maßnahme/n (Beschaffungs-/Herstellungskosten):	Jährliche Folgekosten/Fogelasten: <input type="checkbox"/> keine	Gesamtfinanzierung Eigenanteil:	Gesamtfinanzierung Einnahmen (Zuschüsse, Beiträge etc.):
€	€	€	€

Bemerkungen:

Von **Herrn Falkenheim** wird der Sachverhalt dargestellt.

**Kreisrätin Trautner** bringt die Verwunderung der CSU-Fraktion zum Ausdruck, dass das Dach bei der energetischen Sanierung aus Sparsamkeitsgründen nicht mit einbezogen wurde. Die CSU-Fraktion hätte es sparsamer gefunden, man hätte dies gemacht. Dann hätten sicherlich einige Kosten eingespart werden können, wie z. B. die Kosten für das Gerüst. Verwunderlich sei dies auch deshalb, weil wohl schon seit dem letzten Winter bekannt sei, dass es Wassereintritte gebe. So sei dies zumindest in der Aktennotiz formuliert. Insofern handle es sich dabei um kein ganz neu aufgetretenes Problem. Wenn man sich rechtzeitig gekümmert hätte, wäre vielleicht auch noch eine Aufnahme in das Konjunkturpaket möglich gewesen. Man werde in der Fraktion beraten, wie man mit dieser Zuschussbeteiligung umgehen wolle.

**Kreisrätin Grünwald** stellt fest, der Schul- und Kulturausschuss stehe mehr oder weniger vor vollendeten Tatsachen und müsse zu einer Entscheidung kommen. Darüber hinaus möchte Kreisrätin Grünwald wissen, wie es passieren könne, dass ein Dachgully brenne und was davon ein Versicherungsfall sei.

**Herr Falkenheim** berichtet, dass in die Gullys mittlerweile Heizungen eingebaut seien, damit diese im Winter bei Vereisung nicht verstopfen. Es habe wohl einen Fehlkontakt gegeben, der dann den Brand an dem Gully auslöste und einen Feuerwehreinsatz erforderlich machte. Der Schaden sei in voller Höhe über die Versicherung abgedeckt.

**Kreisrat Hölzl** fragt nach, wann die Heizungen eingebaut wurden. **Herr Falkenhein** geht davon aus, dass dies in der Phase geschehen ist, als man das Dach vor etwa 7 – 10 Jahren neu isoliert hat. Dies müsse noch abgeklärt werden.

<b>TOP 4    Schülerbeförderung; Kosten freigestellter Schülerverkehr 2010/11 Vorlage: 11/0370</b>
---

### Sachverhalt:

Mit Schreiben vom 5.12.2011 beantragt die Fraktion FDP/ödp eine Übersicht, aus der sich die Soll Kosten der Ausschreibung zum freigestellten Schülerverkehr und die tatsächlich abgerechneten Kosten ergeben.

Die Ausschreibung vom Dezember 2009 für das Schuljahr 2010/11 ergab für alle Lose insgesamt eine Vergabesumme von brutto 2.672.930,08 Euro.

Die gemäß dem Verkehrsvertrag bis Ende Oktober abschließend abgerechneten Kosten für die Schülerbeförderung im Schuljahr 2010/11 ergaben insgesamt brutto 2.868.451,97 Euro und damit Mehrausgaben von 195.521,89 Euro (+7,31 %).

Bei Abzug der Kostenerstattungen aufgrund von Mitbeförderungen im Bereich der Mittelschulen für Fischach und Zusmarshausen in Höhe von rd. 41.500 Euro verbleiben Gesamtausgaben von 2.826.951 Euro und damit Mehrausgaben von 154.021 Euro gegenüber dem ursprünglichen Angebot (+5,37 %).

Die Mehrausgaben entstanden durch veränderte Schülerzahlen, notwendige Routenanpassungen aufgrund veränderter Schülerströme gegenüber dem Referenzjahr der Ausschreibung 2009/10 und zusätzlicher Bestellungen von Fahrleistungen.

Der Sachverhalt wird von **Herrn Falkenhein** erläutert.

**Kreisrat Buhl** merkt an, es habe sich um keine Anfrage, sondern eine Erinnerung gehandelt. Eigentlich sei seinerzeit vorgesehen gewesen, dass nach den Endberechnungen für das erste Schuljahr nach der Neuausschreibung dann auch darüber berichtet werde, wie sich das Ist-Ergebnis zum Soll-Ergebnis verändert habe. Im Ausschuss sei mehrfach berichtet worden, dass Veränderungen notwendig waren. Gleich nach der Ausschreibung sei bekannt geworden, dass es Unternehmer gegeben habe, die ihr Angebot „auf Kante genäht“ erstellt hätten, auch in dem Wissen, dass es unter Umständen Ärger geben könne und der Landkreis dann nachbestellen müsse.

Einige Unternehmen, die den Zuschlag für Nachbestellungen erhalten hätten, würden diese durch Subunternehmer abwickeln lassen, selbst nur die Hand aufhalten und für jeden Kilometer noch mitkassieren. Dies sei ein Ärgernis. Wenn man wieder an eine Neuausschreibung herangehe, sei eine schärfere Formulierung diesbezüglich erforderlich.

Wer sich in diesen Wochen die Mühe mache, Schulbusse zu begleiten, der werde sehen, dass Kinder zum Teil ohne Unterstellmöglichkeiten im Regen oder Schnee stünden. Die sei eine Situation, die auf Dauer so nicht hinnehmbar sei. Im Dezember habe im Kreistag eine Diskussion mit dem Geschäftsführer des AVV stattgefunden. Dabei hätten sich allerdings nur Erwachsene um sich selbst gekümmert. Die Kinder müssten z. B. kilometerlang in den Bussen stehen. Nun gebe es Bürgermeister, die sehr medienwirksam mit der Bahn fahren würden, obwohl sie sonst mit dem Auto unterwegs seien. Diese Bürgermeister hätte er gerne einmal an den Schulbushaltestellen gesehen, wenn es um Kinder aus ihrer Gemeinde ginge,

so Kreisrat Buhl. Er lade die Presse ein, mit ihm einmal die Schulbusse zu begleiten, so dass er die neuralgischen Stellen aufzeigen könne.

|

Ferner erklärt Kreisrat Buhl, er hätte die Veränderung gegenüber dem ursprünglichen Angebot in Höhe von rd. 154.000 € gerne etwas detaillierter angesehen. Dies müsse nicht im Ausschuss sein. Er komme hierfür gerne in der Verwaltung vorbei.

**TOP 5    Kreishaushalt 2012 - 1. Lesung;  
          Behandlung des Verwaltungsentwurfs (Stand: 23.12.2011)  
          Vorlage: 11/0361**

### Sachverhalt:

Die Verwaltungsvorlage zum Kreishaushalt 2012 (Stand: 23.12.2011) wurde den Mitgliedern des Kreistages zur Kreistagssitzung am 09.01.2012 überlassen. Dem Vorlageschreiben lag ein detailliertes Inhaltsverzeichnis bezüglich der überlassenen Unterlagen bei.

Aufgrund der bisherigen Terminplanung (Sitzungsplan September 2011 bis Februar 2012, Stand: 30.11.2011) ist vorgesehen, die Fachausschussempfehlungen in der Kreis Ausschusssitzung am 13.02.2012 zu behandeln, einen Haushaltsabgleich vorzunehmen und die Verabschiedung des Kreishaushaltes 2012 dem Kreistag zu empfehlen. Aufgrund der bisherigen Terminvorstellungen kann davon ausgegangen werden, dass der Kreistag die Haushaltssatzung für das Jahr 2012 und den Finanzplan für die Jahre 2013 bis 2015 am 05.03.2012 beschließen soll.

Die Verwaltungsvorlage enthält insbesondere bezüglich der staatlichen Finanzausgleichsleistungen, des interkommunalen Finanzausgleichs, der Umlagenzahlungen an diverse Zweckverbände und der Verlustbeteiligung an Gesellschaften nur vorläufige Ansätze. In vielen Fällen wird ein verbindlicher Haushaltsansatz erst während der Haushaltsberatungen möglich sein. Dies trifft ebenso für eine Reihe von Einzelpositionen zu, die in Folge von Eckwertebeschlüssen sowie von Entscheidungen über Neu- und Erhöhungsanträge gesondert zu behandeln sind. Insofern ist die Verwaltungsvorlage zum Kreishaushalt 2012 hinsichtlich des ungedeckten Bedarfs im Verwaltungshaushalt, welcher auszugleichen sein wird, noch mit erheblichen Risiken verbunden.

Der Verwaltungsentwurf zum Wirtschaftsplan 2012 für den Abfallwirtschaftsbetrieb wurde vom Werkausschuss am 08.12.2011 behandelt und ein empfehlender Beschluss herbeigeführt.

Nähere Erläuterungen erfolgen in der Sitzung des Schul- und Kulturausschusses am 25.01.2012.

**Herr Seitz** verweist auf die Präsentation im Kreistag. In dieser Sitzung habe die Verwaltung die wesentlichen Zahlen wie auch die Investitionen dargelegt. Zum heutigen Stand ergebe sich ein ungedeckter Bedarf in Höhe von 4,7 Mio. € plus „x“ für die Beträge, die eventuell noch von der Zusatzliste hinzu kämen.

Anschließend erläutert Herr Seitz die einzelnen Positionen der Schul- und Kulturausschussvorlage.

### **Lfd. Nr. 5 (Realschule Bobingen)**

**Herr Seitz** weist auf den vorausgehenden Tagesordnungspunkt hin, wonach das Dach der Turnhalle sanierungsbedürftig ist. In der 2. Lesung wäre darüber zu entscheiden, ob diese Position von der Zusatzliste in den Haushalt aufgenommen werden soll.

### **Beschaffung von Whiteboards**

**Kreisrätin Grünwald** macht darauf aufmerksam, dass je nach Schule unterschiedliche Preise für die Whiteboards in der Vorlage vorgesehen sind.

**Herr Falkenhein** teilt mit, dass grundsätzlich mit einem Betrag von 4.000 € je Whiteboard geplant wurde. Der Kostenrahmen bewege sich pro Whiteboard bei 3.000 € - 5.000 €.

**Kreisrat Hölzl** legt Wert darauf, dass am Ende im Hinblick auf die zu erwartenden Wartungskosten nicht zu viele Partner vorhanden sind.

Von **Landrat Sailer** wird festgestellt, dass beispielsweise beim Gymnasium Neusäß je Whiteboard 5.000 € veranschlagt wurden.

Von **Herrn Falkenhein** wird dargelegt, dass es hierfür keine ausdrückliche Begründung gibt, weshalb der Ansatz auf 24.000 € reduziert werden kann.

Es gebe auch Schulen, die einfachere Systeme einsetzen, die nicht mit den klassischen Whiteboards vergleichbar seien. Hierzu würden z. B. die Beruflichen Schulen Neusäß und die Realschule Zusmarshausen gehören. Entsprechende Erläuterungen zu dieser Problematik seien schon einmal im Ausschuss erfolgt.

Herr Falkenhein erklärt, man bewege sich hier auf Neuland. Diese Technologie sei erst seit wenigen Jahren auf dem Markt. Zudem würden von unterschiedlichen Herstellern sehr unterschiedliche Systeme angeboten. Auch in den IT-Empfehlungen des Freistaates Bayern erfolge keine Festlegung auf Whiteboards im klassischen Sinn.

Auf Grundlage der diesjährigen Erfahrungen werde die Verwaltung genau hinsehen, welche Schulen tatsächlich Whiteboards beschafft hätten und wie die Erfahrungen damit seien. Mit den Whiteboards werde man wahrscheinlich ähnliche Erfahrungen machen wie bei den Beamern. Hier reiche die Spanne bei der Nutzung von durchschnittlich 20 Minuten bis zu 5 Stunden am Tag. Rechtzeitig vor den Haushaltsberatungen 2013 werde die Verwaltung im Ausschuss einen Erfahrungsbericht abgeben.

**Kreisrätin Trautner** bittet um Erläuterung zu den Whiteboards für das Gymnasium Diedorf.

Darüber hinaus gibt Kreisrätin Trautner zu verstehen, dass Whiteboards nur von den Schulen bestellt werden sollten, die dann auch wirklich damit arbeiten. Wenn man diese Neuerung allerdings nicht anpacke, dann gebe es auch keine Gelegenheit, sich in der Nutzung des Whiteboards zu üben.

Aus Sicht der CSU-Fraktion müsse es einen gewissen Nachlass geben, wenn die Bestellung sämtlicher Whiteboards über das Landratsamt gehe. Bei der Beschaffung sollte – wie von Kreisrat Hölzl bereits erklärt – zur Erleichterung von Wartung und Betreuung auf ähnliche Modelle geachtet werden.

Bei der Realschule Meitingen sei einmal ein ganz anderes Konzept angedacht worden. Der Haushaltsliste könne nun entnommen werden, dass auch dort Mittel für Whiteboards angesetzt seien.

**Herr Falkenheim** informiert darüber, dass man in diesem Schuljahr 72 Eingangsklassen habe, jedoch nur 54 Anmeldungen für Whiteboards erfolgt seien. Gemäß dem vom Schul- und Kulturausschuss gefassten Beschluss sei jedoch für jede Schule entsprechend der Eingangsklassen ein Betrag im Haushalt hinterlegt worden, den die Schulen auch zu einem späteren Zeitpunkt abrufen können. Die Zahl der Anmeldungen zeige, dass die Schulen von sich aus schon teilweise darauf verzichtet hätten, Whiteboards anzufordern. Herr Falkenheim stellt fest, dass die Schulen mit dieser Thematik somit durchaus bewusst umgehen. Aufgrund von einzelnen Diskussionen habe die Verwaltung die Bestellung von Alternativsystemen abgelehnt. Anderenfalls müsse im Ausschuss darüber berichtet werden, warum in einer Schule keine Whiteboards zum Tragen kommen sollen. Ggf. müsse der Ausschuss die Marschroute für den Haushalt 2013 nochmals neu definieren.

Zu den Whiteboards für das Gymnasium Diedorf berichtet Herr Falkenheim, dass in Absprache mit der Schule für die sieben auszustattenden Räume (5 Eingangsklassen, Fach- und Ausweichraum) 25.200 € für das Haushaltsjahr 2012 angemeldet wurden. Damit liege man bei 3.600 € je Whiteboard. Hinzu komme, dass beim Gymnasium Diedorf noch keine Ausstattung vorhanden sei. Es sei der ausdrückliche Wunsch der Schule, ein durchgängiges System zu haben, das dann auch im Neubau eingesetzt werden könne. Im letzten Jahr mussten für das laufende Schuljahr ebenfalls schon 7 Whiteboards für die neu aufgestellten Container angeschafft werden. Diese wurden etwas verspätet eingebaut, so dass die Rechnung erst im neuen Haushaltsjahr kassenwirksam wurde. Nachdem im letzten Jahr zwar überplanmäßige Mittel zur Verfügung gestellt wurden, diese aber nicht übertragen werden konnten, komme nun der bereits im Vorjahr vorgesehene Ansatz hinzu. Inzwischen liege die Rechnung vor, die sich auf 25.633 € belaufe. Für die verspätete Aufstellung wurden 3.000 € abgezogen, worauf die Firma jedoch noch nicht reagiert habe. Zudem sei ein Skontoabzug erfolgt. Ferner habe der Landkreis 10.000 € vom Förderverein als Zuschuss für die Whiteboard-Ausstattung bekommen. Aktuell seien 11.550,65 € statt der in Ansatz gebrachten 25.000 € verbucht.

**Kreisrat Reisbacher** bittet darum, nochmals auf die Lehrerkollegien zuzugehen und prüfen zu lassen, ob die bestellten Whiteboards auch wirklich eingesetzt werden. Es müsse der Eindruck vermieden werden, dass die Zahl der Whiteboards etwas über die Qualität der Schule aussagt.

**Landrat Sailer** teilt mit, dies habe er zuletzt im Dezember mit den Schulleitern besprochen. Dabei habe er ausdrücklich erklärt, dass nur so viele Whiteboards bestellt werden dürfen, wie von den Lehrern dann auch tatsächlich genutzt werden. Das Whiteboard müsse das Arbeitsmaterial und Medium im laufenden Unterricht sein. Zu gegebener Zeit werde hierzu ein Erfahrungsbericht folgen.

**Kreisrat Reisbacher** hält es für eine Möglichkeit, dass die Klassen zum jeweiligen Lehrer gehen, der das Whiteboard im Unterricht einsetze. Dann hätte man jedoch genau die Wanderklassen, die man ja eigentlich nicht wolle. Eventuell gebe es noch eine bessere Lösung.

Von **Herrn Püschel** wird darüber informiert, dass das Gymnasium Königsbrunn derzeit genau diesen Weg versuche. Dort wolle man, dass die Schüler zu den Lehrern kommen und der Lehrer somit seinen Raum habe, in dem er arbeiten könne.

Der Ausschuss habe bei seiner Grundsatzentscheidung ganz bewusst keine Vorgaben für die Whiteboards gemacht, sondern die Auffassung vertreten, dass die Schulen das Whiteboard wählen können, mit dem sie arbeiten wollen. Insoweit werde man hierüber noch einmal reden müssen.

Herr Falkenheim habe gemeinsam mit den EDV-Beauftragten der Schulen versucht, eine solche Abstimmung herbeizuführen und gemerkt, dass man dabei sehr schnell an seine Grenzen stoße. Es gebe hier sehr unterschiedliche Vorstellungen. Würde der Landkreis et-



was vorgeben, dann könne es passieren, dass die Schulen dies lieber gar nicht machen. Zu hinterfragen sei, ob es Sinn mache, Klassenräume mit Whiteboards auszustatten, in denen die Tafel im Mittelpunkt sei, während das Whiteboard in der Ecke stehe und somit nicht die wesentliche Rolle im Unterricht spiele. Es gebe technische Entwicklungen, wonach zukünftig herkömmliche Tafeln umgerüstet werden könnten. In jedem Fall müsse verhindert werden, dass das Whiteboard als Statussymbol bestellt werde. Zur Frage, ob die Schüler zum Whiteboard kommen, habe jeder Schulleiter seine eigene Philosophie. Es bleibe abzuwarten, wie das Projekt in Königsbrunn ausgehe.

**Herr Falkenhein** teilt ergänzend mit, dass den Schulen für die Anmeldung ein Mustermodell vorgegeben wurde, welches die Verwaltung für empfehlenswert halte. Etwa 80 % der Schulen hätten dieses Mustermodell auch angekreuzt. Man versuche, dies auf jeden Fall zu lenken.

#### **Lfd. Nr. 8 a (Realschule Neusäß – Sanierung Physik-Lehrsaal mit Vorbereitung)**

**Kreisrätin Grünwald** gibt zu verstehen, dass die Sanierung in Absprache mit dem Kollegium durchgeführt werden soll. In der Vergangenheit wurden manche Lehrsäle zu aufwändig saniert und die Einrichtung nicht entsprechend genutzt.

**Kreisrat Hölzl** teilt mit, dass der Rechnungsprüfungsausschuss in seiner vorletzten Sitzung explizit hierauf hingewiesen habe.

#### **Lfd. Nr. 12 (Justus-von-Liebig-Gymnasium Neusäß)**

**Kreisrätin Grünwald** spricht den fast um die Hälfte reduzierten Ansatz für die Lebensmittel an und möchte wissen, ob dies mit dem Umbau der Mensa zusammenhängt.

Von **Herrn Falkenhein** wird dargelegt, dass der Landkreis die Mensa ab Sommer nicht mehr selbst in Betrieb habe, so dass eine Abwicklung über diesen Haushalt nicht mehr erforderlich sei. Es gebe bereits Interessenten für die Mensa. Zwischen Ostern und Pfingsten solle der Vertrag mit einem der Anbieter unterschrieben werden.

#### **Lfd. Nr. 21 – 23 (Förderzentren)**

**Kreisrat Hölzl** fragt nach, welche Prognosen man für die Förderzentren aufgrund der jetzt geführten Inklusionsdiskussion ins Auge fassen kann. Wenn die Entwicklung so komme, wie jetzt angedacht, dann würden sukzessive weniger Schüler diese Schulen besuchen.

**Landrat Sailer** erklärt, die Schulleitungen würden dies im Moment aufgrund von Wartelisten noch etwas optimistischer sehen.

**Herr Falkenhein** bestätigt, dass es in den Förderschulen lange Wartelisten und Anmeldungen gebe, die nicht bedient werden könnten. Es werde momentan keine abnehmende Tendenz gesehen. Lediglich die Lehrerzuweisung sei abnehmend, so dass derzeit sozusagen indirekt ein Reduzieren der Förderschulen versucht werde. Dies bringe die Schulen trotz der nahezu ungebrochenen Nachfrage in ein gewisses Dilemma. Besonders signifikant sei die Situation bei der Christophorusschule.

**Kreisrat Buhl** teilt mit, dass spezielle Förderzentren, wie z. B. das Felsenstein-Haus oder die Lebenshilfe in Königsbrunn, ihre Einrichtungen für Regelschulkinder öffnen wollen, da dies nach deren Auffassung auch ein Teil der Inklusion wäre. Dies sei ein ganz interessanter Aspekt, insbesondere aufgrund des neuen Weges, den man beim Gymnasium Diedorf einschlagen wolle.

**Kreisrat Hölzl** kommt auf die Lfd. Nr. 30 (Jugendzeltplatz Zusmarshausen) zu sprechen und stelle fest, dass man hiervon gar nichts mehr höre.

**Herr Falkenhein** erläutert dazu, dass die Zahlen in etwa gleich wie in den Vorjahren seien. Man bewege sich hier in einem sehr stabilen Bereich.

#### Lfd. Nr. 34, Zusatzliste (Kunstschule Diedorf – Projekt BILDARIUM)

**Herr Seitz** erinnert daran, dass hierüber bereits anlässlich der Haushaltsberatungen 2011 diskutiert wurde. Der Antrag sei damals verspätet eingereicht und daher auf das nächste Jahr verschoben worden. Vom Schulamt sei das Projekt inzwischen fachlich befürwortet worden. Leider sei es auch etwas teurer geworden. Die Projektbeschreibung und Antragstellung sei der Tischvorlage zu entnehmen. Inzwischen habe Frau Kugelmann-Schmid mit Frau Hagen Kontakt aufgenommen und das Projekt vorgestellt. Aus Sicht von Frau Hagen würde das Thema gut in den Jugendhilfeausschuss passen.

Dies wird von **Herrn Falkenhein** bestätigt. Mittlerweile liege die Stellungnahme von Frau Hagen vor, wonach es sich nach den konzeptionellen Überlegungen um ein Projekt handle, das in erster Linie den Aufgabenbereich der außerschulischen Jugendbildung betreffe. Nachdem in den Unterlagen zum Teil therapeutische Aspekte angesprochen wurden, sei dies nach Auffassung der Abteilung 4 entsprechend zu hinterfragen und mit den sonstigen konzeptionellen Anforderungen bei ähnlichen Projekten im Landkreis zu vergleichen. Es werde deshalb vorgeschlagen, dieses Thema in den Jugendhilfeausschuss zur weiteren Beratung zu verweisen.

Die Mitglieder des Schul- und Kulturausschusses befürworten diesen Vorschlag einstimmig.

#### Lfd. Nr. 35, Zusatzliste (Klostermühlenmuseum Thierhaupten)

**Herr Seitz** regt an, dass Frau Drachsler in einer der nächsten Sitzungen über mögliche Konzepte und den Wirtschaftsplan – durchaus auch in der längeren Finanzplanung – berichten sollte. Bereits jetzt sollte aus den dargelegten Gründen die Möglichkeit einer Zuschusserhöhung im Haushalt geschaffen werden.

**Kreisrat Hölzl** ruft in Erinnerung, dass den Schul- und Kulturausschuss dieses Thema bereits in der letzten Sitzungsperiode bewegt habe. Damals sei man sich in allen Fraktionen dahingehend einig gewesen, dass der Landkreis sich mit 20.000 € beteiligen sollte. Der damalige Landrat, Dr. Vogele, habe dann die Initiative ergriffen und mit den Lechwerken eine Regelung gefunden, wonach drei Jahre jeweils ein Förderbetrag in Höhe von 15.000 € zur Verfügung gestellt wurde.

Kreisrat Hölzl spricht sich anschließend für den angedachten Betrag in Höhe von 20.000 € aus und gibt zur Kenntnis, dass die Firma Egenberger die gesamte Buchführung übernehmen würde, falls der Landkreis bereit wäre, den Zuschuss zu erhöhen. Wie von Herrn Seitz ausgeführt, werde die Rücklage Jahr für Jahr weniger. Wenn man jetzt nicht handle, komme später mehr auf den Landkreis zu.

#### Lfd. Nr. 38, Zusatzliste (Freundeskreis Dr. Heinz Fischer Sammlungen – Umgestaltung Naturmuseum Königsbrunn)

**Kreisrat Buhl** berichtet, das Museum sei fachlich und medienpädagogisch hervorragend aufgearbeitet. Die Schulklassen seien hiervon ganz begeistert. Der Freundeskreis sei sehr engagiert. Der Schul- und Kulturausschuss sollte sich das Museum einmal ansehen.

**Landrat Sailer** informiert darüber, dass sich die Stadt Königsbrunn an der Umgestaltung finanziell beteiligen wird. Die Mittel seien im Wesentlichen abgesichert. Es bleibe eine letzte

Lücke von 10.000 €. Das Thema Lechheide habe überregionale Bedeutung, weshalb ein solcher Zuschuss aus Sicht von Landrat Sailer vertretbar wäre.

**Lfd. Nr. 44 (Kreiszuschuss „Theater Eukitea gGmbH“ – laufender Spielbetrieb – Leistungsvereinbarung)**

**Kreisrat Buhl** erkundigt sich danach, ob die Erhöhung in der Leistungsvereinbarung bereits berücksichtigt ist. Dies wird von **Herrn Seitz** bestätigt.

**Lfd. Nr. 54 (Kreisheimatpflege – Verkauf von Drucksachen aller Art)**

Von **Kreisrätin Grünwald** wird angemerkt, dass jährlich 5.000 € Einnahmen angesetzt würden, diese jedoch weit hinterher hinken. Künftig sollten realistische Beträge eingestellt werden.

**Herr Seitz** sichert eine Anpassung für den Haushalt 2013 auf 500 € zu.

**Lfd. Nr. 57 (Wettbewerb „Vorbildliches Bauen im Augsburgs Land“)**

**Herr Seitz** teilt mit, dass im Jahr 2011 für den Wettbewerb 10.000 € veranschlagt wurden. Der Wettbewerb sei jedoch 2011 nicht umgesetzt worden und stehe heute wieder auf der Tagesordnung. Da die Mittel nicht übertragbar seien, müsse für 2012 ein Ansatz in Höhe von 10.000 € neu gebildet werden.

Nachdem von Herrn Seitz alle Positionen erläutert sind, kommt **Kreisrat Reisbacher** auf die Seiten 19 (Gymnasium Diedorf) und 21 (Berufliche Schulen Neusäß) der Haushaltsvorlage zurück. Ihm gehe es um den für die Schulen beschlossenen Baufahrplan, wonach zunächst das Gymnasium Königsbrunn fertiggestellt, dann die Beruflichen Schulen Neusäß und schließlich das Gymnasium Diedorf angegangen werden sollen. Bei Betrachtung der Zahlen müsse festgestellt werden, dass die Schulen in Neusäß und Diedorf nun parallel laufen.

**Landrat Sailer** erklärt, es werde eine gewisse Parallelität geben. Der Architektenwettbewerb für das Berufliche Schulzentrum sei zu Ende, so dass im Jahr 2012 in Absprache mit dem Kollegium mit der Feinplanung begonnen werden könne. Landrat Sailer geht davon aus, dass im Frühjahr 2013 der Spatenstich erfolgen kann. Beim Gymnasium Diedorf befinde man sich derzeit in der Grobabstimmung, ob die Schule ein ökologisches, entsprechend durch Bundesmittel gefördertes Projekt werden soll. Erst dann könne man in die Feinplanung gehen. Frühestens im Herbst 2013 werde ein Spatenstich in Diedorf möglich sein.

**Herr Falkenhein** greift nochmals das Thema EDV auf und verweist auf die mittlerweile in den Schulen generierten Ausgaben. Er erinnert an die Sitzung im November, als Herr Merz das IT-Organisationsgutachten vorgestellt habe. Dieses sei den Ausschussmitgliedern im Nachgang zur Sitzung zugegangen. Herr Falkenhein weist darauf hin, dass mittlerweile rd. 1 Mio. € ausgegeben würden und hierfür zwei Personen des Landkreises zur Betreuung zur Verfügung stehen. Hiermit gelange die Verwaltung inzwischen an ihre Grenzen. Eine weitere Stelle sei angemeldet. Bei den Beratungen über die Personalausgaben könne das IT-Organisationsgutachten als Argumentationshilfe herangezogen werden. Eine wirkungsvolle Umsetzung sei künftig nur bei entsprechender Personalausstattung möglich.

Der Haushalt 2012 wird daraufhin von **Landrat Sailer** zur Beratung in die Fraktionen verwiesen.

<b>TOP 6</b> <b>Bildungsportal Bayern</b> <b>Vorlage: 11/0368</b>
--

### Sachverhalt:

Der Freistaat Bayern fördert aus Mitteln des „Kulturfonds Bayern“ das Kulturfondsprojekts "Bildungsportal Bayern - ein Instrument für kommunales Bildungsmanagement", an dem sich auch die vhs Augsburg Land e.V. beteiligen will.

Bildung ist ein zentrales Handlungsfeld für die Attraktivität und die Zukunftsfähigkeit von Kommunen. Aktuell wird in nahezu jeder Kommune am Aufbau eines kommunalen Bildungsmanagements gearbeitet. Ziel des kommunalen Bildungsmanagements ist die Ermöglichung kohärenter Bildungsbiografien.

Als notwendige Bedingung für ein funktionierendes Bildungsmanagement gilt die Abstimmung der Bildungs- und Beratungsangebote sowie der Bildungsanbieter und weiteren Akteure (z.B. Betriebe, ARGE, AA, Ämter, Integrationsbeauftragte etc. ) auf kommunaler/regionaler Ebene mit dem Ergebnis, dass Bildungsübergänge vor Ort möglichst ohne Verluste gelingen und kohärente Bildungsbiografien entstehen können.

Ein Baustein des Bildungsmanagements bildet dabei ein Bildungsportal. Unterstützt durch den Kulturfond Bayern (Mittel des desBayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus) führen 60 bayerische Volkshochschulen das Bildungsportal Bayern ein.

Ein Projektträger ist dabei die Augsburgener Volkshochschule - Augsburgener Akademie e.V.; in Kooperation werden die beiden Volkshochschulen der Landkreise Aichach Friedberg, Volkshochschule Landkreis Aichach-Friedberg e.V. und die des Landkreises Augsburg, vhs Augsburg Land e.V. die jeweiligen Bildungsregionen in das Bildungsportal mit einbringen.

Dem Schul- und Kulturausschuss wird im Folgenden das Projekt in seiner Notwendigkeit, den konkreten Nutzen, den finanziellen Aufwand dem Projektziel vorgestellt.

Das Projekt wird in der Sitzung des Schul- und Kulturausschuss vorgestellt durch die vhs Augsburg Land e.V., Frau Steinhart, Pädagogische Leitung und Herrn Richter, Geschäftsführer.

Zur Präsentation von **Herrn Richter** und **Frau Steinhart** wird auf die beigefügte Anlage verwiesen.

**Kreisrat Buhl** möchte wissen, ob es zum dem Projekt im Allgäu bereits Zahlen gibt.

**Frau Steinhart** erklärt, es gebe konkrete Zahlen, da alles über die IT-Lösung erfasst werde. Diese könne sie gerne nachliefern. Bekannt sei, dass Anbieter wie die IHK, die anfangs etwas skeptisch waren, inzwischen vertreten seien, weil sie gesehen hätten, dass ihnen dies durchaus Vorteile bringe.

**Kreisrätin Grünwald** stellt fest, dass der Kulturfonds Bayern im Jahr 2013 ausläuft, weshalb sie wissen möchte, wie es weitergehen soll.

Dies ist laut **Herrn Richter** im Moment spekulativ. Das Projekt werde bis 2013 finanziert. Im Moment würden Gespräche stattfinden, die darüber hinausgehen. Es werde wohl so sein, dass der Bayerische Volkshochschulverband das Projekt über Projektgelder des Kulturfonds weitertrage. Die Umsetzung der einzelnen Mosaiksteine sei bis dahin gelaufen. Das Einzige, was anstehe, sei die Frage der Bildungsberatung. Hier sei man bei weitem noch nicht so weit, um darüber zu diskutieren. In diesem Zusammenhang sei zunächst die Frage des Landkreises in seiner großflächigen Struktur zu beantworten.

**Landrat Sailer** legt dar, es gehe nun im Wesentlichen um die Einrichtung des Bildungsportals, wofür 3.500 € veranschlagt werden müssten. Der Betrag würde gedrittelt, falls auch die Stadt Augsburg und der Landkreis Aichach-Friedberg mitmachen. Hinzu kämen der laufende Betrieb bzw. die technische Einrichtung mit 1.000 €. Anschließend sollte man inne halten und überlegen, ob und in welcher Form eine Weiterentwicklung erfolge. Den Betrag von maximal 4.500 € könne man aus dem Etat der Volkshochschule bestreiten.

**Herr Richter** berichtet, dass auch darüber spekuliert werde, ob die Bildungsträger genauso beteiligt werden sollen, allerdings erst nach Beendigung des Projekts.

**Kreisrätin Grünwald** kommt auf die Aussage zu sprechen, dass mehrere Regionen sich beteiligen sollen. Herr Richter habe vorhin die Regionen Allgäu und Ostallgäu genannt. Die Stadt Schwabmünchen grenze dort eng an, weshalb Kreisrätin Grünwald wissen möchte, welche Schnittstellen es gebe, wenn sich z. B. ein Schwabmünchner Bürger in Richtung Allgäu orientieren möchte.

**Frau Steinhart** teilt mit, dies könne durch die technische Lösung ohne Probleme ermöglicht werden. Man brauche für eine bestimmte Region ein regionales Einstiegsportal. Dies würde von der Stadt Augsburg sowie den Landkreisen Augsburg und Aichach-Friedberg gestaltet. Innerhalb von diesem regionalen Portal bestünde dann aber die Möglichkeit, überregional in ganz Bayern zu suchen.

Abschließend verweist **Herr Richter** auf den Zeitplan. Mit dem Pilotprojekt kämen verschiedene Aufgaben auf die Volkshochschule zu. Im Vorfeld habe man sich deshalb bereits mit den anderen Gebietskörperschaften zusammengetan und Gespräche geführt. Für den 29. März sei eine Eröffnungsveranstaltung geplant, zu der Bildungsträger aus den drei Regionen eingeladen werden. Dort würden Fachleute aus dem Allgäu das Projekt vorstellen und über ihre Erfahrungen berichten. Wenn der Wille da sei, dann gehe es nur noch um die Schnittstellen und die technische Lösung. Es handle sich hierbei um eine Vernetzung, die man aufgrund der Technik relativ einfach umsetzen könne.

<b>TOP 7</b> <b>Deutscher Lernatlas und aktuelle Aktivitäten des Bildungslandkreises Augsburg Vorlage: 12/0012</b>
--

### Sachverhalt:

Die Lernbedingungen in Deutschland bilden den Hintergrund für eine aktuelle Studie der Bertelsmann Stiftung, die unter dem Titel „Deutscher Lernatlas 2011“ am 21.11.2011 veröffentlicht wurde.

Sie unterscheidet sich von den etablierten Bildungsstudien dadurch, dass sie auf einem Indexverfahren basiert und für den Bereich der Bildungsqualität keine eigenen Daten erhebt. Darüber hinaus werden vier Lerndimensionen betrachtet, zu denen über das schulische Lernen hinaus auch das berufliche, soziale und persönliche Lernen gehören.

Die Landkreise – und kreisfreien Städte – werden zu sechs Regionaltypen zusammengefasst, wobei aus Kreissicht die Einteilung in Kreise im verdichteten Umland, Kreise im ländlichen Umland und Kreise im ländlichen Raum von besonderer Relevanz sind.

Aus der trennscharfen Ermittlung der Ergebnisse in den Regionalklassen ergibt sich für jede Lerndimension ein eigenständiges Ranking, das ein gesteigertes Interesse insbesondere bei den besser und schlechter platzierten Landkreisen auslöst. Dazu trägt ebenfalls die lokale und überörtliche Berichterstattung in den Medien bei. Insgesamt stellen die Initiatoren der Studie – mit Ausnahme des sozialen Lernens – ein deutliches Nord-Süd-Gefälle fest.

Der Deutsche Bildungsatlas versteht sich nicht als Steuerungsinstrument für Bildungsplanung und -management, da sich viele Parameter auf Aspekte beziehen, die außerhalb der Kompetenz und Entscheidungsbefugnis kommunal verantwortlicher Akteure liegen. Zusammenfassend kann festgehalten werden:

- Untersuchung von 412 Kreisen und kreisfreien Städten in ganz Deutschland
- Bewertung von 38 Indizes in vier Lerndimensionen
  - Schulisches Lernen: Schulbildung, Hochschulbildung
  - Berufliches Lernen: Berufl. Ausbildung, Weiterbildung, Arbeitsumgebung
  - Soziales Lernen: Soziales Engagement, Politische Teilhabe, Integration
  - Persönliches Lernen: Weiterbildung, Kultur, Sport und Erholung, Medienlernen
- Bewertung anhand Vergleichsgruppen, sogenannten Regionaltypen (alle Städte, LK etc. werden gegenübergestellt)
- Studie erhob keine neuen Daten, sondern nahm bereits bestehende Regional- und Bundesdaten zur Hand
- Der Landkreis Augsburg belegt innerhalb des Regionaltyps „Kreise im verdichteten Raum“ unter 144 Landkreisen in ganz Deutschland den 50. Rang (Landkreis Aichach-Friedberg Rang 45, Stadt Augsburg Platz 8 von 56 in der Kategorie Städte)

In der Sitzung werden die Ergebnisse für den Landkreis Augsburg kurz dargestellt und im Hinblick auf mögliche Handlungsempfehlungen analysiert. Die in der Anlage beigefügte schriftliche Anfrage der Fraktion „Bündnis 90/Die Grünen“ vom 02.01.2012 wird in die Berichterstattung einbezogen.

Des Weiteren werden die aktuellen Bestrebungen im Bereich Bildung im Landkreis näher erläutert. Konkret geht es dabei um folgende drei Maßnahmen, die derzeit parallel in Bearbeitung sind.

1. Bildungsportal Bayern
2. Zukunftsoffensive Augsburg, Teilprojekt Lebenslanges Lernen
3. Webportal Bildungslandkreis Augsburg

#### Zu 1. Bildungsportal Bayern

Das Bildungsportal Bayern ist ein Projekt des Bayerischen Kulturfonds und des Bayerischen Volkshochschulverbands. Dieser Punkt wird in der Sitzung separat in einem Tagesordnungspunkt vertreten und durch die Volkshochschule Augsburger Land erläutert.

#### Zu 2. Zukunftsoffensive Augsburg, Teilprojekt Lebenslanges Lernen

Die Zukunftsoffensive ist ein Projekt der Stadt Augsburg und den beiden Landkreisen Augsburg und Aichach-Friedberg. Seit Mitte 2010 hat diese Initiative die Förderung des gemeinsamen Wirtschaftsraums und die Etablierung eines Innovationssystems zum Ziel.

Das Netzwerk aus Landkreisen und Stadt möchte zusammen mit den treibenden Kräften IHK, hwk, IGM, imu, A<sup>3</sup> und der Förderagentur Augsburg eine Innovationskultur aufbauen, Innovationspotenziale in der Region identifizieren und fördern und den Wir-Gedanke stärken

Um diese Ziele zu erreichen, entwickelte das Innovationsteam zusammen mit dem Wirtschaftsforschungsinstitut imu augsburg ein Konzept und Prozessstufen, die in Handlungsfelder und Arbeitsgruppen zu folgenden Themen mündeten:

- Regionales Innovationssystem
- Stärken leben
- Marktplätze und Wertschöpfung
- Leistungsstarke Unternehmen
- Lebenslanges Lernen

Diese fünf Handlungsfelder werden sukzessive vorangetrieben und sollen bis Ende 2012 mögliche Handlungsfelder aufzeigen und konkrete Konzepte entwickeln.

### Zu 3. Webportal Bildungslandkreis Augsburg

Im Jahr 2011 entstand eine interne Arbeitsgruppe mit Vertretern der verschiedenen Sachgebiete des Landratsamtes, die sich um unterschiedliche Bildungsbereiche im Landkreis kümmern. Diese Mitglieder entwarfen ein Konzept zur Förderung des Lebenslangen Lernens im Landkreis, das in der Zukunft Stück für Stück umgesetzt werden kann.

Folgende Ziele wurden hierbei fokussiert:

- Schaffung einer transparenten Darstellung der formalen und non-formalen Bildungsangebote im Landkreis Augsburg
- Vernetzung von Bildungsträgern und anderer Bildungspartner in der Region durch Kommunikation, Events und Bildungsmarketing zur Schaffung einer integrierten, kreativen Bildungslandschaft
- Sensibilisierung und Unterstützung des Lernens in jedem Alter (Lifelong Learning), Motivation für Bildung schaffen und die Betreuung und Begleitung vor allem der Lebensumbrüche
- Schaffung eines kontinuierlichen Angebots für eine lebenslange Bildung in allen Bereichen
- Bestehende Synergien weiter ausbauen und bedarfsspezifisch ergänzen
- Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit der Bürgerinnen und Bürger der Region
- Abbau von Lernbenachteiligungen und Vermeidung von Ausgrenzungen
- Einführung und Vermittlung neuer Lernformen und Lernorte
- Verbesserung der Qualität in Aus- und Weiterbildung
- Attraktivität des Landkreises darstellen und steigern

Ziel der ersten Projektphase soll vor allem die transparente Darstellung des IST-Zustandes im Landkreis Augsburg sein.

- Welche Bildungsangebote gibt es bereits?
- Wer bietet was im Landkreis an? Welche Ansprechpartner gibt es?
- Welche Zielgruppen werden angesprochen?
- Welche Themenfelder werden aufgegriffen, welche liegen brach?

Zum einen bietet dieser erste Schritt eine Grundlage für aufbauende Projekte und gleichzeitig die Möglichkeit der besseren Informationsstruktur für Bürgerinnen und Bürger. Unter dem Dach des Bildungslandkreises Augsburg entsteht derzeit eine Internetplattform, die diese Transparenz ermöglicht.

Der zweite Schritt ist die Bildung eines aktiven und kreativen Netzwerkes von Partnern aus den Bereichen Wirtschaft und Bildung. Diese Kooperationen bieten die Grundlage und Ausgangssituation für alle Teilprojekte und Maßnahmen, die sich anschließen um oben genannte Ziele zu erreichen. Die Internetplattform könnte in Zukunft die Bildungsmöglichkeiten, Bildungsprogramme und -einrichtungen im gesamten Landkreis darstellen, vernetzen, vorhandene Angebote weiterentwickeln und neue ermöglichen. Auch könnte diese Initiative sich eingehend mit dem Übergang zwischen Schule und Beruf beschäftigen und diese Lebensphase umfassender begleiten. Das alles wäre allerdings nur durch eine personelle Aufstockung durch mind. 1 Stelle möglich.

Momentaner Stand der Arbeitsgruppe:

- Aufbereitung und Zusammenfassung der Inhalte für den Aufbau der Internetseite
- Entwurf der grafischen Gestaltung der Marke „BILA“ (Bildungslandkreis Augsburg)

Der Ausschuss wird um eine Empfehlung gebeten bzgl. der weiteren Vorgehensweise.

Die Präsentation zum Deutschen Lernatlas erfolgt durch **Frau Mögele**. Die Präsentation liegt der Niederschrift als Anlage bei.

**Kreisrätin Trautner** meint, man sei sicherlich nie so gut, als dass man sich nicht noch verbessern könne. Deswegen lohne es sich immer, so etwas gründlich zu analysieren. Frau Mögele habe dies überzeugend dargestellt. Bei der Durchsicht der einzelnen Punkte sei vieles aufgefallen, was der Landkreis nicht beeinflussen könne. Der Landkreis habe aber auch bereits sehr viel angeschoben und sei auf einem guten Weg. Man sollte das Thema in der Region sicherlich noch einmal ganz gezielt betrachten bzw. dürfe dies nicht aus den Augen verlieren.

**Kreisrat Reisbacher** stellt fest, dass die meisten Daten aus dem Jahr 2006 stammen. In den letzten Jahren habe sich Einiges auf diesem Gebiet getan. Man sollte die Studie kritisch lesen und zum Anlass nehmen, den einen oder anderen Punkt zu verbessern.

Im Anschluss daran folgen weitere Ausführungen durch **Frau Mögele** zu den aktuellen Aktivitäten des Bildungslandkreises Augsburg, die ebenfalls der beigefügten Präsentation entnommen werden können.

**Kreisrätin Trautner** meint, man könne klein anfangen. Dass der Landkreis anfangen solle, stehe wohl außer Frage. Über das Budget müsse noch beraten werden. Dies sei auf jeden Fall eine gute Sache.

**Frau Mögele** teilt mit, man habe schon klein angefangen und im Haus eine Arbeitsgruppe gebildet, um zu sehen, was es überhaupt gebe. Es sei ein großer Schritt, alles auf eine Plattform zu bekommen, damit dies wirklich übersichtlich werde. Wenn man Partner, wie die Arbeitsagentur, IHK etc. dazu haben wolle, dann stelle sich die Frage, inwieweit parallel zum Bildungsportal geplant werde und wer dies federführend übernehmen könne. Die Ressourcen im Haus seien begrenzt. Es sei schon in diesem ersten Schritt schwierig gewesen, an alle Inhalte zu kommen, zumal dies neben der normalen Arbeitszeit gelaufen sei.

**Kreisrat Hölzl** hält es für wichtig, Überschneidungen zu vermeiden. Die Einrichtung sei sicherlich nicht uninteressant, wäre aber eigentlich ein klassisches Thema, das in das Bildungsportal Bayern einfließen könnte. Für den interessierten Bürger sei die Volkshochschule immer der erste Ansprechpartner, weshalb über die Ansiedlung dieses Themas bei der Volkshochschule nachgedacht werden sollte, bevor etwas ganz Neues kreiert werde. Letztendlich gehe es dabei auch um Geld.

**Frau Mögele** erklärt, dies sei die Idee der Verknüpfung. So stünde ein Ansprechpartner zur Verfügung, der sich dem ganzen Bereich annehme und dies auch steuere.

**Kreisrat Buhl** ist der Auffassung, dass einmal alles in einem „Organigramm“ zusammengetragen werden müsste, was auf dem Markt sei. Man wolle keine Doppelstrukturen. Es werde vielmehr eine Schaltstelle benötigt.



**Landrat Sailer** führt abschließend an, man habe heute aufgezeigt, dass viele an diesem Thema arbeiten. Wenn man über lebenslanges Lernen spreche, dann sollte einmal eine Bestandsaufnahme gemacht werden, was auf diesem Lebensstrahl passiere und wo die Lebensumbrüche stattfinden, in denen Bildung wieder interessant bzw. entscheidend werde. Hierzu gehören auch die jeweiligen Zuständigkeiten. Daraus sollte ein Konzept entwickelt werden. Jedoch sollen keine Doppelstrukturen aufgebaut, sondern die Dinge gebündelt und dann entschieden werden, wo man in einem ersten Schritt punktuell ansetzen könne. Hier könne und müsse die Volkshochschule ein wichtiger Partner sein.

<b>TOP 8    Verschiedenes</b>
-------------------------------

- keine Vorlagen -

<b>TOP 9    Wünsche und Anfragen</b>
--------------------------------------

- keine -

32. Sitzung des Schul- und Kulturausschusses 25.01.2012